



Ergebnispapier der Sitzung des Berlin-Forums am 8. April 2025

Thema: „Herausforderungen des Zusammenlebens – Was kann Berlin besser machen?“

Das Plenum des Berlin-Forums greift das Rahmenthema „Zusammenleben in Berlin“ für das Jahr 2025 auf und warnt vor einer weiteren Auseinanderentwicklung der Stadtgesellschaft. Schon jetzt entspricht das Bild, das in den öffentlichen Institutionen von der Stadt besteht, nicht mehr voll der immer komplexer und vielfältiger werdenden Realität. Es ist deshalb besonders wichtig, dass auch Politik und Verwaltung das Ressortdenken überwinden.

Die zentralen Herausforderungen des Zusammenlebens sind ressortübergreifend. Die zunehmende räumliche Trennung (Pendlerströme), die weiter wachsende kulturelle Vielfalt, der wieder stark angewachsene Wunsch nach Begegnungsräumen – zwischenmenschlich wie digital – erfordern neues Denken.

1. Die Ausgangssituation

Seitens der Stadtgesellschaft geht es beim Zusammenleben um das ‚Miteinander-Auskommen, das Sich-Kümmern und das Engagement für Verbesserungen. Es geht um bürgerschaftliches Engagement, darum ein Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln und zu stärken. Dabei ist Zusammenleben – zumal in großen Städten – immer auch geprägt von Distanz und Anonymität. Eine Art von Toleranz, die viele verschiedene Lebensentwürfe nicht nur duldet, sondern akzeptiert, ist hierbei essenziell. Dies bringt Freiheit mit sich.

Beim zivilgesellschaftlichen Engagement ist Berlin stark: zusammen arbeiten, zusammen lernen, zusammen feiern macht die Strahlkraft Berlins aus. Umso wichtiger ist es, auch kritische Trends zu hinterfragen und neue Herausforderungen anzunehmen.

Die Berliner Politik hat keine umfassende Vision für das Zusammenleben.

Berlin ist eine Weltstadt mit vielen kleinen Kiezen, in denen die

Berlin Forum
c/o Stiftung Zukunft Berlin
Koordination: Anett Szabó
Nymphenburger Straße 9
10825 Berlin
Tel.: +49 (0)30 263 92 29-14
szabo@stiftungzukunftberlin.eu
www.berlinforum.berlin



Nachbarschaft zum Teil trotz aller Schwierigkeiten funktioniert. Dazu tragen auch die gemeinnützigen Sozialverbände und Sportvereine, die Kirchen und Gewerkschaften, die vielen freien Initiativen bei. Sie bieten Raum für Begegnungen, Austausch und Unterstützung. Sie bewirken, dass sich Menschen angenommen und verstanden fühlen.

Aber es hat sich seit der Corona-Pandemie vieles verändert. Probleme wie der russische Krieg gegen die Ukraine, der Angriff auf Israel und der nachfolgende Gazakrieg, die Inflation sowie die hohen Kosten für die Lebenshaltung haben dafür gesorgt, dass Menschen verunsichert sind. Die soziale Ungleichheit ist größer geworden. Der Zuzug von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen bringt große Herausforderungen, von denen manche Bürgerinnen und Bürger sich inzwischen überfordert fühlen.

Die Stadtgesellschaft scheint gespaltener zu werden. Die soziale Unsicherheit vieler und die Gleichgültigkeit eines stark ichbezogenen Teils der Gesellschaft verstärken den Trend, dass Menschen sich ins Private oder in abgeschottete Kreise zurückziehen, was durch die sog. Sozialen Medien noch gefördert wird.

Menschen bleiben unter sich, kümmern sich nicht um ihr Umfeld, bekämpfen sich oftmals sogar. Auch in Vandalismus und Unachtsamkeit beim Umgang mit Abfällen zeigt sich ein Verlust an echtem, auf Respekt basierendem Gemeinschaftsdenken. Gleichzeitig steigen die Zahlen der rassistisch oder antisemitisch motivierten Straf- und Gewalttaten – mit Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl.

Eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben sind da Fortschritte bei der sozialen Daseinsvorsorge wie zum Beispiel bezahlbarer Wohnraum oder sichere Verkehrswege in der Konkurrenz der unterschiedlichen Transportmittel. Gerade im sozialen Bereich ist die Mitverantwortung der Stadtgesellschaft gefordert. Es ist erfreulich, dass hier viel Engagement existiert: Bürgerinnen und Bürger unterstützen Kinder beim Lesen oder Zugewanderte beim Erlernen der Sprache, helfen bei der gemeinsamen Pflege von



Grünanlagen, der Betreuung von Geflüchteten, unterstützen alte, kranke oder einsame Menschen.

All das ist ein unverzichtbarer Beitrag zur Demokratie.

Allerdings gibt es immer wieder haupt- und ehrenamtliche Engagierte, die sich einbringen wollen, aber nicht können, da ihnen beispielsweise geeignete Räume fehlen, die gemeinsam genutzt werden könnten. Die Entwicklung hin zu einer gemeinwohlorientierten, nachhaltigen Stadt, in der es viele Orte der Begegnung und des Austausches gibt, bleibt deshalb eine zentrale Aufgabe der Berliner Politik. Leerstehende Gebäude und Räumlichkeiten für Stadtteilzentren, Nachbarschaftsinitiativen bis hin zu Kulturprojekten können ohne viel bürokratischen Aufwand kostenlos oder kostengünstig und möglichst für einen längeren Zeitraum zur Verfügung gestellt werden.

2. Die Herausforderung

Insgesamt gilt: Politik, Verwaltung, Wirtschaft und soziale Organisationen sollten nicht nebeneinander arbeiten, sondern gemeinsame Ziele im Sinne eines besseren Zusammenlebens in der Stadt verfolgen. Ein Fokus muss auf dem Abbau bürokratischer Hürden liegen. Es ist nun vor allem nötig, das Gespräch darüber zu führen, welche konkreten Prioritäten dabei gesetzt werden.

Berlin steht vor der Herausforderung, in einer wachsenden Stadt das friedliche Zusammenleben einer immer diverser werdenden Gesellschaft zu organisieren, es gemeinwohlorientiert und nachhaltig zu gestalten. Dazu braucht es bürgerschaftliches Engagement, kreative Ideen, öffentliche Investitionen, klare Zuständigkeiten, weniger Bürokratie. Dabei aber stets eine Politik, die ein solidarisches Zusammenleben als ihre zentrale Aufgabe sieht. Diese Priorität wird nicht deutlich genug.

3. Konkrete Forderungen

Das Berlin-Forum hat konkrete Forderungen an die Berliner Politik und Verwaltung formuliert:

- Politik und Verwaltung müssen eine grundsätzlich neue Haltung systemischer und vernetzter Zusammenarbeit

einnehmen. D.h. Aufgaben müssen **ressortübergreifend**, zeitübergreifend (längerfristiges Denken, Planen und Finanzieren von Maßnahmen) und themenübergreifend bearbeitet werden.

Ein Beispiel unter vielen: Um Schulräume außerhalb der Unterrichtszeit für gemeinnützige Zwecke nutzen zu können, müssen endlich in Zusammenarbeit der Kultur- und Bildungsverwaltung organisatorische Lösungen gefunden werden.

- Das seit langem bekannte Thema **fehlender Räume** für kulturelle, soziale und zivilgesellschaftliche Initiativen/Projekte/Gruppen ist inzwischen so drängend geworden, dass das bürgerschaftliche Engagement für das Zusammenleben empfindlich beeinträchtigt wird. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden! Als erster Schritt müssen die Schulräume in der unterrichtsfreien Zeit geöffnet werden. **Die anstehende Verwaltungsreform ist der richtige Ansatz, dies im neuen Aufgabenkatalog festzuschreiben.**
- Bei allen städtebaulichen Konzepten müssen öffentliche Räume eingeplant werden! Besonders in der Berliner Mitte, aber auch in allen Kiezen besteht hier dringender Handlungsbedarf. Es müssen identitätsstiftende Orte gefördert werden, an dem sich Berliner Bürgerinnen und Bürger aufhalten und begegnen können. Der Bedarf dazu ist stark gewachsen.
- Berlin muss eine Stadt bleiben, in der auch einkommensschwächere Bürgerinnen und Bürger würdevoll leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das drängende Problem mangelnden Wohnraumes muss verstärkt angepackt werden. Der Trend zur sozialen Entmischung muss gestoppt werden.
- Die Verkehrssituation für Pendler*innen zwischen Berlin und Brandenburg ist inzwischen so problematisch geworden, dass die dadurch entstehenden Belastungen das Zusammenleben stark beeinträchtigen. Die **identitätsstiftende Kraft der Arbeit und die lokalen**



Identitäten an den Wohnorten sind zwei Seiten desselben Problems und derselben Chance. Gerade hier muss künftig neu und anders gedacht werden.

- Berlin muss gegenüber dem Thema Migration eine den Realitäten entsprechende Haltung einnehmen: Es geht längst nicht mehr um eine migrantische Minderheit, die von einer Mehrheitsgesellschaft abgegrenzt wäre. Etwa die Hälfte der Bevölkerung hat nicht nur einen migrantischen Hintergrund, sondern darüber auch einen **Erfahrungshintergrund mit vielerlei Fähigkeiten**, der viel besser als bisher gewürdigt und genutzt werden sollte. Genau das ist die Stärke der Metropole Berlin, die bisher nicht ausreichend genutzt wird.
- Die hohe Bedeutung von Kunst und Kultur für das Zusammenleben einer Gesellschaft ist unbestritten. Berlin braucht dann aber dringend auch ein zukunftsfähiges Konzept für die verlässliche, dauerhafte Unterstützung von **kultureller Arbeit und Demokratiewerk**, die wesentlich zur Ausstrahlungskraft Berlins beitragen.